Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 317. Halle, Sonnabend, den 10. Juli 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Waffenablieferung höchste nationale Pflicht!

Revision des Versailler Friedensvertrages.

Die Schwierigkeiten, die sich innerhalb der letzten 8 Stunden bei den Beratungen in Spa über die Abrüstungsfrage wie unheilschwangere Gewitterwolken zusammengeballt hatten, sind durch das verständige, von jeder nicht nur unangebrachten, sondern wahrscheinlich sogar verderblichen Sentimentalität freie Verhalten der deutschen Kabinettsmitglieder soweit überwunden worden, daß jeder einigermaßen befreit aufatmen kann, der wirklich aus ganzem vaterländischen Herzen um die Zukunft unseres Volkes besorgt war. Die Helden der nationalen Phrase, hinter der doch nichts weiter als nackter Egoismus und brutales Klasseninteresse stecken, werden allerdings in gewohnter Weise ihr „Kreuzige!" ertönen lassen, soweit ihnen der Gang der Ereignisse nicht schon die Sprache verschlagen hat. Selbst auf die Gefahr hin, von diesen Kreisen als vaterlandslos angepöbelt zu werden, scheuen wir uns nicht, die Klärung, die sich unter schweren Geburtswehen in Spa vollzogen hat, als durchaus erfreulich zu bezeichnen, weil das „Diktat" der Abrüstungsbedingungen in seinem Hauptpunkte unsere Reichsregierung zu energischem Handeln gegen die Rechts- wie Linksputschisten zwingt. Sprechen wir es doch offen aus, wie recht Lloyd George hatte, wenn er präzise und klar darauf hinwies, daß die größten Gefahren für den inneren Frieden unseres Vaterlandes die verheimlichten Waffenbestände in den Händen der in einem falschen Idealismus verrannten Kommunisten und Nationalisten sind. Deutschland wird die Bedrückung durch seine Feinde nur los, wenn es sich in allen seinen Schichten klar zur Demokratie, wie sie in der Weimarer Verfassung festgelegt ist, bekennt und den Feinden der demokratischen Staatsform die Möglichkeit nimmt, diese Staatsform mit Waffengewalt zu zertrümmern. Darum ist es höchste nationale Pflicht für jeden, der es mit der neuen Aufwärtsentwickelung unseres Volkes ernst meint, an seinem Teile tatkräftig bei der Herausholung verheimlichter Waffenbestände mitzuwirken. Es geht um das Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Unsere Gegner, die nun einmal die Sieger sind, haben die Hand an der Gurgel Deutschlands und werden nicht tatenlos zusehen, wenn innerhalb unserer Grenzen eine Gegenrevolution mit dem ausgesprochenen Zweck der Wiederaufrichtung der Monarchie oder ein bewaffneter Versuch linksradikaler Phantasten zum Weitertreiben der Revolution im bolschewistischen Sinne die demokratisch-republikanische Staatsform gewaltsam zu zertrümmern und dadurch ein Chaos zu schaffen sucht, das Deutschland zur Erfüllung seiner Pflichten aus dem Friedensvertrag unfähig macht. Unsere Gegner wissen, daß der Zusammenbruch Deutschlands den Zusammenbruch Europas und vielleicht der Weltwirtschaft nach sich ziehen muß. Darum haben sie ein Interesse daran, daß auch die im Innern Deutschlands drohenden Gefahren beseitigt werden. Es ist an sich beschämend, daß der rücksichtslose Wille unserer Feinde uns erst die rücksichtslose Durchführung der Entwaffnungsaktion derjenigen, die kein Recht zur Führung der Waffen haben, aufzwingt. Jetzt gibt es für die Kreise, die sich mit bestimmten Nebenabsichten den Besitz von Waffen sicherten, kein Versteckspielen mehr. Die Reichsregierung wird auf Grund der heute unterschriebenen Verpflichtung der Forderung „Waffen heraus!" mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Nachdruck geben müssen. Es werden harte Widerstände zu überwinden sein, namentlich bei den Leuten, die unter national etwas anderes verstehen als wir, die wir als das nationale Höchstziel die Sicherung der gesamten Volksinteressen und das Wohl des alle Volksschichten gemeinsam umfassenden deutschen Vaterlandes betrachten, das durch den Mehrheitswillen des Volkes eine neue freie Staatsform angenommen hat.

Die Entwaffnungsfrage in diesem Sinne ist die Bedingung, ohne welche der Wiederaufbau unseres Vaterlandes im engsten Anschluß an den Wiederaufbau Gesamteuropas undurchführbar ist. Wer hier ernsthaft mithilft, handelt vaterländisch im höchsten Sinne und trägt dazu bei, daß die uns einengende Fessel von Mißtrauen und Angst gesprengt wird. Wer sehen will, muß bereits erkannt haben, daß es bei den Verhandlungen in Spa tatsächlich um nichts anderes geht, als um die von uns lang ersehnte Revision des Versailler Friedensvertrages. Es ist ein Umschwung in der Gesinnung unserer Gegner eingetreten, das kann kaum noch einem Zweifel unterliegen. Das bekannte, maßgebende italienische Blatt „Idea Nazionale", das schon früher Giolitti als Sprachrohr diente, spricht es in folgenden Sätzen ganz klar und deutlich aus:

„Die Wahrheit ist, daß keine der Mächte dort hinging, um Deutschland eine absolute Respektierung des gesamten Vertrags aufzuzwingen, sondern alle kamen, um sich mit den Deutschen ins Uebereinkommen darüber zu setzen, auf welche Weise dessen Revision stillschweigend ohne offizielle Erklärungen in die Praxis umgesetzt werden könnte, so daß die Welt es wisse, ohne daß jemand es aussprechen brauche."

Unter solchen Gesichtspunkten gewinnt auch die Entwaffnungsfrage, das „Abrüstungs-Diktat", eine ganz besondere Bedeutung, und es will uns durchaus richtig erscheinen, daß sich die deutsche Reichsregierung durch die Annahme der harten Forderungen trotz vieler Bedenken verhandlungsfähig erhielt. So verbohrt können die Staatsmänner der Entente nach allem, was in den letzten Tagen vorgegangen ist, nicht sein, daß sie absolut Unmögliches verlangen. Sie wollen nach Lloyd Georges Ausspruch Deutschland nicht vernichten, sie wollen die Sicherung des Friedens in Europa zur gemeinsamen Wiederaufbauarbeit. Deswegen werden sie Deutschland die Mittel geben müssen, sei es militärischer, sei es wirtschaftlicher Art, um sich selbst im Innern gesund zu erhalten und nach Kräften an dem gemeinsamen Wiederaufbau mitzuarbeiten. Sache unserer Unterhändler wird es sein, die tatsächlich begonnene Revision des Versailler Friedens durch annehmbare Vorschläge so auszugestalten, daß die gemeinsamen Interessen durch Erhaltung der Lebensnotwendigkeiten Deutschlands gesichert werden. Für uns in der Heimat aber heißt es, in Ruhe abwarten, was die nächsten Tage bringen werden, und die schwere Arbeit unserer Vertreter nicht durch unbesonnene Kritik erschweren. So können die Tage von Spa auch für uns den Beginn des Wiederaufstieges bedeuten.

⊙

Annahme der Bedingungen — Ablehnung der Drohklausel.

Von unserem nach Spa entsandten Sonderberichterstatter Rolf Brandt.

Spa, 9. Juli. (Eig. Drahtnachricht.)

Nach einer langen Besprechung ist das Kabinett, von dem die Mehrheit mit sieben Mitgliedern unter dem Reichskanzler in Spa versammelt ist, zu dem Entschluß gekommen, die Bedingungen zu unterschreiben. Von Berlin aus war dem Kabinett freie Hand gegeben, weil die Situation hier besser überschaut werden kann. Die Verhandlungen waren naturgemäß sehr ernst, da sich jedes Mitglied des Kabinetts über die Tragweite der zu fassenden Entschlüsse klar war. Trotz aller Bedenken ist das Kabinett mit seinen militärischen Beratern zu dem einmütigen Entschluß gekommen. Ausschlaggebend war die Erwägung, daß der Friede von Versailles durch die Verhandlungen in Spa nicht außer Kraft gesetzt werden kann und daß im Falle einer Nichteinigung die sofortige Räumung des Ruhrgebietes und die sofortige Herabminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann zu erfolgen habe. Es besteht kein Zweifel, daß die Entente im Ablehnungsfalle die bereitgestellten Machtmittel einsetzen würde. Da wir mit der Ablehnung nichts gewinnen können, müssen wir uns dem Diktat fügen. Die Drohklausel müssen wir ablehnen. Die Klausel als solche steht den Bedingungen des Versailler Vertrages entgegen, der nicht einseitig geändert werden kann. Nach dem Versailler Vertrag sind militärische Maßnahmen nur bei Nichterfüllung wirtschaftlicher Forderungen vorgesehen und bedürfen der Einwilligung der Reparationskommission. Es sei in diesem Zusammenhange auf die bekannten Verhandlungen im Scapa Flow-Falle hingewiesen. Die Unterschrift unter die Drohklausel wäre also nicht nötig. Es besteht aller Grund zu der Annahme, daß in der eben beginnenden Sitzung von den Alliierten ein Weg gegeben wird, daß wir unsere Unterschrift unter die Drohbedingungen nicht zu leisten haben. Selbstverständlich fällt die Verantwortung für die Lage, die sich aus dem Diktat ergibt, der Entente zu. Mit allem Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß die Existenzfrage des ganzen Landes von der Ablieferung der Gewehre abhängt. Wird die Entwaffnung nicht durchgeführt, so ist kaum etwas für Deutschland zu retten. Wie die Drohklausel unter der Pression der Entente vermieden werden soll, steht dahin. Die Regierung ist sich darüber klar, daß sie unter dem Druck der Alliierten ihrerseits Druck anwenden müsse. Ueber den verzweifelten Ernst der Situation ist man sich einig, aber man glaubt trotzdem, dem Zwange weichen zu müssen, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Ohne die Erfüllung des Diktates hätte die Entente uns natürlich keinen Raum für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gegeben. Es war die Wahl zwischen dem sicheren Ende und der wenn auch geringen Möglichkeit, durchzukommen. Es mußte nach der ernsten Ueberprüfung des Kabinetts das Mögliche gewählt werden. Die Verantwortung trägt die Entente, die das Diktat auf uns bürdet.

Unterzeichnung des Abrüstungs-Abkommens.

WTB. **Paris**, 9. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Spa haben die Deutschen das von den Alliierten vorgeschlagene Abkommen um 11 Uhr 15 vormittags unterzeichnet.

Zugeständnisse an Deutschland.

WTB. **Paris**, 9. Juli. **Nach einer Depesche des „Echo de Paris" aus Spa sind Deutschland bezüglich der militärischen Klausel im Versailler Vertrage folgende Zugeständnisse gemacht worden, die die Mitteilungen über die getroffene Entscheidung vervollständigen.**

1. Nicht eingeschlossen in die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschland zugestanden sind, sind die Aerzte und die Veterinäre, deren Zahl auf 300 bez. 200 festgesetzt wird.

2. Nicht eingeschlossen in die genannten 4000 Offiziere sind ferner 785 Verwaltungsoffiziere.

3. Deutschland kann eine Reservevon 5000 Gewehren und 2 Millionen Patronen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsgerät durch etwaige innere Kämpfe entstehen.

4. Eine geringfügige Zahl Maschinengewehre, sodaß alle Formationen in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Deutschland hat außerdem ein fünftes und sechstes Zugeständnis verlangt, für die Vermehrung von Waffen und Munition derart, daß alle Formationen Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen seien, um Angriffe zurückweisen zu können, ferner die Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit mit der Garantie, daß man diese Vergünstigung nicht mißbrauchen werde, um eine große Anzahl von deutschen Militärs auszubilden. Diese letzten Verlangen sind nicht gewährt worden, andererseits erhält Deutschland das Recht vorübergehend in der neutralen Zone 10 Bataillone, 5 Eskadrons und eine Batterie zu unterhalten.

Das Protokoll des fünften Verhandlungstages.

Spa, 9. Juli. Die Konferenz trat nach Erledigung der militärischen Fragen sofort in die Besprechung der Frage der sogenannten Kriegsverbrecher ein. Nach den Ausführungen des deutschen Justizministers schlug Lloyd George vor, die Einzelheiten der Frage einer Besprechung der Justizminister zu überlassen. Die Sitzung wurde kurz nach 1 Uhr vertagt.

Nächste Sondersitzung, in der der Justizminister die Bestrafungsfrage besprechen werde, findet nachmittags 2 Uhr im Schloß de la Freinense statt.

Die Plenarsitzung findet nachmittags ½5 Uhr statt um die Beratung über die Kohlenfrage zu beginnen. Reichswehrminister Geßler, General v. Seeckt, sowie die militärischen und Marinesachverständigen sind heute abgereist. Nachmittags werden erwartet Dernburg, Rathenau, Bankdirektor v. Stasse, Bankdirektor Urbig, Bergwerksdirektor Luchson-Essen, Geheimrat v. Flotow. Der Staatssekretär Albert begibt sich nachmittags vorübergehend nach Berlin zurück.

Weitere Meldungen.

WTB. **Stuttgart**, 9. Juli. Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung teilte der Staatspräsident Dr. von Hieber mit, daß am Donnerstag abend von der Reichsregierung ein Telegramm eingegangen sei, wonach die württembergische Regierung zur Stellungnahme zu den Deutschland in Spa gestellten Bedingungen aufgefordert wird. Der Ministerrat habe dem württembergischen Bevollmächtigten in Berlin folgenden einstimmigen Beschluß des Kabinetts übermittelt: „Verzicht auf Polizei und Einwohnerwehr unmöglich, da gleichgestellt mit Auflösung jeder Staatsordnung. Bezüglich der Reichswehr wird Entscheidung der deutschen Regierung überlassen." Das Haus nahm diese Erklärung beifällig zur.

WTB. **Paris**, 9. Juli. Laut Brüsseler Meldungen ist Hugo Stinnes in Spa eingetroffen.

WTB. **Paris**, 9. Juli. Nach dem „Matin" erklärte Ministerpräsident Millerand, er werde spätestens am Montag Spa verlassen.

WTB. **Paris**, 9. Juli. Nach dem „Petit Parisien" ist zwischen den Alliierten vereinbart worden, eine Delegation des Wiedergutmachungs-Ausschusses in Berlin solle die Kontrolle über die deutschen Kohlenlieferungen ausüben. Die Kontrolle soll in sechs Abgangsstationen und zwei Abgangshäfen des Ruhrgebiets eingerichtet werden. Die englischen Delegierten, die zuerst ernstliche Einwände hiergegen machten, haben jetzt zugestimmt.

Spa, 9. Juli. Wie die Blätter melden, wird die Frage der Entschädigung noch zwischen den Alliierten verhandelt. Der belgische Standpunkt, das heißt 8 Prozent und die Priorität für 2½ Milliarden, seien bewilligt worden.

Die polnische Frage soll in Spa am Sonnabend und Sonntag unter Zuziehung der polnischen Delegation besprochen werden. Der polnische Ministerpräsident Grabski ist gestern hier eingetroffen.

Der französische Kommissar der Rheinlande Tirard, sowie der französische Botschafter in Berlin und der französische Botschafter in Brüssel sind hier eingetroffen.

Paris, 9. Juli. Die ganze Morgenpresse bringt zum Ausdruck, daß Millerand es war, der in das Abkommen über die Entwaffnungsklauseln die Drohung mit der erweiterten Besetzung, namentlich des Ruhrgebiets, einfügen ließ.

Gardiners Untersuchungen über die Lage in Deutschland.

Amsterdam, 8. Juli. In dem letzten Aufsatz seiner Artikelserie über Deutschland zieht Gardiner die Schlußfolgerungen, die sich aus diesen Untersuchungen ergeben, und schreibt u. a.:

Die Franzosen hatten zweierlei Ziele, die sich miteinander nicht vereinigen ließen. Das erste war, Deutschland zu zermalmen und in Stücke zu brechen, es mit einem „Sanitätskordon" von Feinden zu umgeben und ihm die Quellen seiner Macht und seines industriellen Lebens zu nehmen. Das zweite war, von Deutschland ungezählte Milliarden zu erlangen. Deutschland sollte erst zerstört werden und dann bezahlen.

Aber nicht allein Deutschland sollte zumalmt werden. Frankreich hatte vor dem Krieg große Geldsummen in Rußland angelegt, und die russische Revolution schien

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200710013/fragment/page=0001

diese Gelder zu gefährden. So haben denn lange vor Kriegsende die Staatsmänner des republikanischen Frankreichs mit Hilfe von Lloyd George und Churchill mit englischem Geld und englischen Waffen den Krieg gegen das republikanische Rußland geführt. Das von der französischen Politik zur Vernichtung Rußlands auf der einen und Deutschlands auf der anderen Seite angewandte Instrument in Polen. Diese unternehmende Macht ist unter der Leitung französischer Generäle in ein großes militärisches Gibraltar verwandelt worden, um nach Osten hin Rußland und nach Westen hin Deutschland niederzuhalten. Frankreichs Felder sind verwüstet, sein Bankrott ist unsagbar, aber es hat Geld im Ueberfluß für abenteuerliche Ranbzüge in Rußland und wird keinen Mangel an Geld haben, wenn die französische Politik es für gut findet, daß es sich gegen das entwaffnete Deutschland wendet. Gerade jetzt ist Frankreich — wie ich bei meinen Untersuchungen festgestellt habe — dabei, eine gewaltige Propaganda in Oberschlesien zu treiben, damit dieses Kohlengebiet sicher an Polen fallen möge, um so die wirtschaftliche Schlinge um Deutschland enger zu schnüren. Diese Deutschland gegenüber verhängnisvolle Politik der militärischen Einkreisung und wirtschaftlichen Erdrosselung einerseits hat Europa zum Verderben gereicht. Zur Hälfte liegt es in Trümmern, der Rest wankt, und wenn das geborstene Mittelstück zusammenbricht, wird der Ruin ein vollständiger sein, und Frankreich würde die Katastrophe nicht lange überlegen. Vielleicht ist es schon zu spät, die finanzielle Katastrophe zu vermeiden, aber wenn es noch finanzielle Katastrophe zu vermeiden, aber wenn es noch Zeit ist, dann gibt es nur ein Heilmittel: die französische Politik, die Europa in seine jetzige Lage gebracht hat, muß vollständig in ihr Gegenteil verwandelt werden. Die Diktatur über Europa muß den Händen des Marschalls Foch entzogen werden, und die Politik die vor 18 Monaten durch Paris hätte eingeleitet werden sollen, muß in Spa zur vollen Geltung gebracht werden.

Diese Konferenz bietet Europa die letzte Rettungsmöglichkeit, ein ganz neuer Geist muß zur Herrschaft kommen. Die Zeit des Auflegens unmöglicher Bedingungen an den Feind ist vorüber. Deutschland muß als Schuldner behandelt werden. Seine Verbindlichkeiten müssen festgesetzt werden, nicht entsprechend den rhetorischen Phantasien von Demagogen, die nach ihren Wählern schielen, sondern auf Grund sachkundiger Untersuchungen entsprechend der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des Schuldners.

Aber Spa ist nur ein Anfang. Viel wichtigere Dinge müssen erreicht werden. Der Oberste Rat hat schon zu lange gelebt. Diese Gruppe unverantwortlicher Männer, die Europa dauernd in Flammen hält, ist keine Vertretung der europäischen Demokratie. An seine Stelle muß ein Rat Europas treten, ein Rat, in dem Gleichberechtigte für die gemeinsame Rettung arbeiten. Die Tätigkeit dieses Rates muß mit der des Völkerbundes verschmolzen werden.

Wenn die französische Politik aufgegeben wird, dann wird der Völkerbund automatisch auf den Plan treten, und nur durch den Völkerbund kann der Friede der Welt gesichert werden. Amerika darf seine Hilfe nicht verweigern. Es muß seinen Anteil an dem großen Befreiungswerk der Menschheit übernehmen, das doch in Amerika seinen Anfang genommen hat.

Aus dem Abstimmungsgebiet.

WTB. Allenstein, 9. Juli. Die interalliierte Kommission richtete infolge der im Lande verbreiteten Gerüchte über polnische Truppenansammlungen an der Grenze des Abstimmungsgebiets eine Anfrage an die polnische Regierung, wonach diese antwortete, daß sie die Nachrichten als völlig unbegründet betrachtete.

WTB. Berlin, 9. Juli. Der Deutsche Schutzbund teilt mit, bis zum 8. Juli vormittags sind über die Seehäfen Stolpmünde und Swinemünde seit Beginn der Transportbewegung: 81 000 stimmberechtigte Ost- und Westpreußen in ihre Heimat abbefördert worden, eine Höchstleistung, die bei wenig günstigen Wetter nicht zu erreichen gewesen wäre. Unter Einrechnung der 35 000 Stimmberechtigten aus dem Freistaatgebiet Danzig und aus dem nichtabstimmenden Teile Ostpreußens werden insgesamt 35 bis 40 000 Westpreußen und 105 bis 115 000 Ostpreußen in die Abstimmungsgebiete gebracht werden. Die schikanöse Verkehrsbehinderung seitens der Polen auf dem Wege durch den polnischen Korridor hält an. Am 7. Juli mußten gegen 3500 Personen auf dem Seewege umgeleitet werden, nur 1380 waren mit Papieren versehen, an denen die Polen durchaus nichts auszusetzen konnten.

Der Streik im Saarrevier.

WTB. Saarbrücken, 9. Juli. Ein Ultimatum des Arbeitgeberverbandes fordert von den Streikenden eine Erklärung ihrer Arbeitswilligkeit bis Sonnabend, widrigenfalls die Entlassung sämtlicher streikender Arbeiter angedroht wird. Die Arbeiterorganisationen weisen jede Verantwortung für die Folgen dieses Ultimatums zurück und stellen sich bisher auf einen ablehnenden Standpunkt.

Neues Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz.

Bern, 9. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die am Montag hier aufgenommenen Verhandlungen über ein neues Wirtschaftsprogramm zwischen Deutschland und der Schweiz sind nunmehr zu einem günstigen Abschluß gebracht worden. Die amtliche Ratifizierung von schweizerischer Seite soll bereits morgen im Bundesrat unterzeichnet werden. Auch die Versuche, für Oesterreich eine Kredithilfe in Höhe von 25 Millionen Francs zu erhalten, haben nunmehr die Zustimmung der betreffenden Kommissionen des Nationalrates und des Ständerates gefunden, nachdem der Antrag, diese Petition einer Volksabstimmung zu unterwerfen, abgelehnt war. 11 Millionen Francs sind bereits der österreichischen Regierung in Form von Warenkrediten gewährt worden. Ueber die Verteilung der Restsumme soll noch von einer zu diesem Zweck zu bildenden paritätischen Kommission beider Staaten endgültig Beschluß gefaßt werden.

Deutsches Reich.

Im Reichsarbeitsministerium hat unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Bodenstein mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Oberschlesischen Berg- und Hüttenindustrie eine Sitzung stattgefunden, in der es gelungen ist, die seit mehreren Wochen schwebenden Lohnstreitigkeiten beizulegen. Zu den tariflichen seit April geltenden Löhnen sollen die im Schiedsspruch des Schlesischen Ausschusses in Gleiwitz festgesetzten Zuschläge entsprechend der im Mai und Juni 1920 im Durchschnitt verfahrenen Schichtzahl einheitlich verteilt und auf die Monate April, Mai und Juni 1920 gezahlt werden. Damit kann die Lohnbewegung im oberschlesischen Bergbau als beendet angesehen werden.

Der Reichspräsident Ebert hörte im Schlosse Bellevue beim Deutschen Schutzbund einen Vortrag des Leiters der Abteilung für Volksabstimmung an und nahm Einsicht in die Gesamtorganisation. Nach dem Rundgang durch die Büroräume hielt der Präsident an die Mitarbeiter des Deutschen Schutzbundes eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Es ist mir eine aufrichtige Freude und angenehme Pflicht, Ihnen meine warme Anerkennung und den herzlichsten Dank des Vaterlandes auszudrücken für Ihre aufopferungsvolle mustergültige Tätigkeit. Es ist Ihnen gelungen, für Ihre Zwecke eine umfassende feingegliederte Organisation zu schaffen, zu der ich Sie beglückwünschen kann. Sie haben in mühevoller Arbeit in allen Gauen Deutschlands Abstimmungsberechtigte gesammelt. Den schönsten Lohn für Ihre ehrenamtliche und vaterländische Tätigkeit wird Ihnen aber der nächste Sonntag bringen, denn zuversichtlich hoffe ich, daß in den Abstimmungsgebieten am Sonntag die deutsche Sache triumphiert, daß dieses Gebiet durch treues Bekenntnis zum deutschen Vaterlande auf immer mit Deutschland verbunden bleibe.

Die Steuererhebung. Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Haushaltausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Moesle, es werde mit aller nur denkbarer Energie gearbeitet, um die Steuererhebung vorwärts zu bringen. Beim Reichsnotopfer habe die Frist zur Deklaration jetzt begonnen. Es sei anzunehmen, daß diese Angelegenheit noch im Laufe dieses Jahres erledigt sein wird.

Ausland.

Bevorstehende Lösung der Kabinettskrise in Ungarn.

Budapest, 9. Juli. (Eig. Meldung.) In der seit längerer Zeit schwebenden Kabinettskrise ist gestern endlich ein entscheidender Schritt erfolgt. Der Gouverneur hat den außerhalb der Parteien stehenden Grafen Stephan, Bethlen zum Ministerpräsidenten ernannt. Dieser hat mit Vorbehalt angenommen, wenn ihm die Bildung einer einheitlichen Regierungspartei gelingt. Bethlen hat bereits die Verhandlungen mit den Parteiführern aufgenommen. Die christlich-nationale Vereinigung nimmt Bethlen gegenüber eine abwartende Haltung ein. Der Ackerbauminister Ruminef erklärte, daß die Partei der kleinen Landwirte den Kern der Regierungspartei bilden werde.

Der deutsch-lettische Friedensvertrag.

Riga, 9. Juli. (Eig. Meldung.) Zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Lettland ist eine lettische Abordnung unterwegs auf dem Wege nach Berlin.

Die baltische Konferenz.

Riga, 9. Juli. (Eig. Meldung.) Der Zusammentritt der Konferenz der baltischen Staaten, der bei Riga stattfinden soll, ist endgültig auf den 20. Juli festgesetzt worden. Man erwartet Vertreter von sämtlichen baltischen Ländern. Die Gegenstände der Verhandlungen sind Valutafragen, Organisierung der Banken, Verkehrs- und Schiffahrtsfragen, Zollfragen, Post- und Telegraphenfragen und verschiedene soziale Probleme. Die Konferenz soll etwa 6 Wochen dauern.

Die Friedenssehnsucht Polens.

Krakau, 9. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Nach dem hiesigen polnischen Blatte Naprzod haben vertrauliche Beratungen des Zentrums und der Linken im polnischen Landtag eingesetzt. Die Parteien verhandelten über eine eventuelle sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Rußland. Die Beratungen würden fortgesetzt. Das genannte polnische Blatt erhebt ferner sehr heftige Vorwürfe gegen den Landmarschall Trawczinski und wirft ihm vor, daß er bewußt falsche Nachrichten über die Lage an der Front verbreitet habe. Die Stellung des Landmarschalls gilt als erschüttert.

Vom Wahlkampf in Amerika.

WTB. Amsterdam, 9. Juli. Wie die „Times" aus San Francisco melden, veröffentlicht Senator Hitschcock eine Erklärung, worin er sagt, der Vertrag von Versailles ist die Parole eines Wahlkampfes geworden. Amerika müßte dagegen geschützt werden, daß seine Unabhängigkeit dadurch gestört werde, daß es in die europäischen Angelegenheiten hineingezogen werde. Der „Times" zufolge läßt Hitchcock deutlich erkennen, daß er Harding nur dann unterstützen würde, wenn dieser sich bestimmt gegen den Völkerbund erklärt.

Die irische Frage.

WTB. Rotterdam, 9. Juli. Englischen Blättern zufolge hat der Gemeinderat von Kingstown, einer Vorstadt von Dublin, beschlossen, den Namen der Stadt in Dunlaoghaire umzuändern. Der Rat hat fer-

Ein verhängnisvoller Schreibfehler.

Am 27. Mai 1920 erfolgte während der Vorlesung über allgemeine und anorganische Experimentalchemie im Hörsaal des Chemischen Instituts der Universität Münster ein entsetzliches Unglück, bei dem zehn Menschenleben vernichtet wurden. Bei einem Vorlesungsversuch, der die Verbrennungserscheinungen mit gebundenem Sauerstoff zeigen sollte, explodierte, so lesen wir in der „Vossischen Zeitung", der dabei benutzte Brenner.

Man hat gleich nach dem Unglück die sorgfältigsten Untersuchungen über seine wahrscheinlichen Ursachen angestellt; sie sind jetzt, wie Geh. Reg.-Rat Dr. Schenck, der jenen Versuch selbst vorgeführt hat, in der „Zeitschrift für angewandte Chemie" berichtet, in vollem Umfange aufgeklärt. Prof. Schenck hatte, wie in früheren Jahren, sich eines kleinen Tetranitromethanbrenners, bestehend aus einem oben offenen, unten geschlossenen 20 Ztm. langen Stück Mannesmannrohr von 2,8 Ztm. Weite, bedient. Wenn man das Rohr mit 15 Gr. Watte beschickt, die fest eingestopft wird, so vermag die Füllung 75 Kubikztm. Flüssigkeit aufzunehmen, ohne daß etwas abtropft. Das Tetranitromethan ist eine sehr sauerstoffreiche Flüssigkeit, die 65,3 v. H. Sauerstoff enthält. Zu dieser Flüssigkeit wird noch etwas Toluol hinzugesetzt, da der Kohlenstoff der Watte bei weitem nicht zur Bindung des Sauerstoffes des Tetranitromethans hinreicht. Dieser Zündsatz brennt ruhig und langsam mit meßbarer Geschwindigkeit ab, eine Schicht von 4 Ztm. braucht rund dreiviertel Minuten. Der nach Vorschrift beschickte Brenner — man nimmt 67,5 Kubikztm. Tetranitromethan mit 7,5 Kubikztm. Toluol — hat eine Brennzeit von rund 3½ Minuten. Der farblose Flammenkegel zeigt Temperaturen, die man sonst nur mit Sauerstoffgebläsen erreichen kann. Man kann mit ihm dicke Eisendrähte durchschmelzen. Wiederholt hatte Schenck diese Versuche vorgeführt, ohne daß sich das Geringste ereignete. Auch in der Unglücksvorlesung verhielt sich der Zündsatz etwa 3 Minuten lang völlig vorschriftsmäßig, man konnte das Durchschmelzen des Drahtes zeigen. Die Vorführung war fertig, und man erwartete das ruhige Ausbrennen des geringen Restes, als unerwartet eine Detonation erfolgte und der Brenner in viele kleine Splitter auseinanderbarst, die wie Geschosse wirkten. Fünf Studierende blieben sofort tot auf dem Platze, fünf erlagen ihren Wunden; im ganzen sind etwa 30 von 300 Hörern getroffen worden. Was war nun die Ursache des schrecklichen Unglücks? Jeder Versuch, der in der Vorlesung zur Ausführung kommen soll, wird vorher sorgfältig durchgeprobt; alle Einzelheiten darüber werden in das sogenannte Vorlesungsjournal eingetragen, nach dessen Angaben der Vorlesungsassistent den Versuch vorbereitet. In Münster war nun das Vorlesungsjournal neu geschrieben worden, und bei diesem Experiment mit dem Brenner hatte sich in die Angaben ein Fehler eingeschlichen, der trotz sorgfältiger Nachprüfung der Aufmerksamkeit der Revision entgangen ist. Anstatt 67,5 Kubikztm. Tetranitromethan und 7,5 Kubikztm. Toluol heißt es dort 67,5 Gr. Tetranitromethan und 7,5 Gr. Toluol. Kubikzentimeter war also mit Gramm verwechselt worden. Die Toulolmenge hatte sich im Gewicht genau verdoppelt, und das mußte die schwersten Folgen haben. Diese kohlenwasserstoffreichere Mischung brennt zwar auch für gewöhnlich ruhig ab, aber mit etwas größerer Geschwindigkeit und noch höherer Temperatur als die vorschriftsmäßige. Durch lokale Ueberhitzung, hineinfallende glühende Metallteilchen kann die ruhige Verbrennung in die explosive übergehen. So hat ein Schreibfehler das entsetzliche Unglück verschuldet, das in der Geschichte der Universitätsinstitute kaum eine Analogie findet.

Kunst und Wissenschaft.

Direktor von Bode amtsmüde? Wie die „Nat.-Ztg." erfahren haben will, gedenkt der Generaldirektor der preußischen Staatsmuseen, Exzellenz Wilhelm von Bode, am 1. Oktober d. J. von seinem Posten zurückzutreten. Als sein Nachfolger wird der jetzige Direktor des staatlichen Kunstgewerbemuseums in Berlin, Geheimrat Otto von Falke, genannt, einer der besten Kenner des Kunstgewerbes und ein vorzüglicher Organisator. Ihm soll der bisherige Assistent an der Mannheimer Kunsthalle, Dr. Gustav Hartlaub, dem von seinem Mannheimer Wirkungskreis ein ausgezeichneter Ruf vorausgeeilt, beigegeben werden.

Der neue Darmstädter Intendant. Oberregisseur Hartung (Frankfurt a. M.) wurde zum Intendanten des Darmstädter Theaters bestellt.

Teilung der philosophischen Fakultät der Universität Prag. Die philosophischen Fakultäten an den beiden Prager Universitäten wurden in je eine philosophische und je eine naturwissenschaftliche Fakultät mit eigenen Dekanen, Prodekanen und selbständiger Vertretung im akademischen Senat geteilt. Die pharmazeutischen Studien finden an der naturwissenschaftlichen Fakultät statt.

Neuer musikwissenschaftlicher Lehrstuhl. Auf die an der Universität Freiburg i. Br. neu errichtete etatsm. a. o. Professur für Musikwissenschaft wurde zum 1. Oktober d. J. Dr. phil. Willibald Gurlitt, bisher Lektor daselbst, berufen. Dr. Gurlitt, der aus Dresden gebürtig ist, war Schüler und Assistent Hugo Riemanns am sächsischen Forschungsinstitut für Musikwissenschaft und Collegium musicum der Universität Leipzig. Nach langer französischer Gefangenschaft war er in Basel interniert und an der dortigen Fortbildungsanstalt für internierte Volksschullehrer tätig. Im Herbst 1919 erhielt er an der Freiburger Universität ein Lektorat für Musikwissenschaft sowie den Auftrag, ein musikwissenschaftliches Seminar einzurichten und zu leiten.

An den Provinzbühnen ist, wie man uns schreibt, eine starke Bewegung im Gange, die darauf hinzielt, sich von den zurzeit bestehenden Organisationen loszulösen, die Leiter und Mitglieder einzelner Provinztheater mit der Vertretung ihrer Standesinteressen nicht zufrieden sind. Wie verlautet, soll die Fachzeitung „Theater-Courier", die sich schon lange mit der kritischen und gespannten Lage beschäftigt, als Publikationsorgan für einen neuzugründenden Verband in Frage kommen.

Hochschulnachrichten.

Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Darmstadt haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenbau den Geh. Regierungsrat Professor Franz Freise in Hannover in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen als Forscher und Lehrer des wissenschaftlichen Maschinenbaues, sowie in besonderer Würdigung seiner Verdienste um die Einrichtung der Ingenieur-Laboratorien und seiner eigenen Forschungsarbeiten, namentlich auf dem Gebiete der Hydraulik die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. — Der Vertreter der praktischen Theologie an der Marburger Universität, Prof. Dr. theol. Eduard Simons, ist um seine Emeritierung eingekommen. — Zum Nachfolger des Professors A. Brackmann auf dem Lehrstuhl der mittleren und neueren Geschichte an der Universität Königsberg i. Pr. ist der Berliner Privatdozent Prof. Dr. Erich Caspar ausersehen. — Zum Abteilungsvorsteher am chemischen Institut der Universität Königsberg (an Stelle von Prof. R. Blochmann) ist der dortige Privatdozent und Assistent am genannten Institut, Dr. Adolf Sonn, in Aussicht genommen. — Für das Fach der Assyriologie habilitierte sich an der Freiburger Universität Dr. Hermann Kees mit einer Schrift „Studien zur ägyptischen Provinzialkunst".

Der durch Berufung des Professors H. Guntel nach Halle an der Gießener Universität erledigte Lehrstuhl für Altes Testament ist dem a. o. Professor an der Universität Berlin Dr. Hugo Greßmann angeboten worden; dasselbe gilt für die gleichzeitige Ordinariat übernimmt Lic. Rudolf Bultmann, bisher a. o. Professor in Breslau. — Prof. Dr. Paul Ehrenberg, Direktor des agrikulturchemischen Instituts in Göttingen, hat einen Ruf an die Universität Breslau als Nachfolger Geh. Rat Th. Pfeiffers erhalten. — Zur Wiederbesetzung des anatomischen Lehrstuhls in Gießen (an Stelle von Geh. Rat H. Strahl) ist ein Ruf an Prof. Dr. Franz Keibel in Königsberg ergangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200710013/fragment/page=0002

der beschlossen, die englischen Straßennamen in trische umzuändern. Schecks und Wechsel müssen in Zukunft in irischer Sprache ausgestellt werden. Ueberall in Irland, sogar in Ulster, folgen die Gemeinderäte diesem Beispiel. Die Straßen werden nach Führern des Aufstandes von 1916 umgetauft.

Japan besetzt russisches Gebiet.

WTB. Washington, 9. Juli. Nach einer Meldung aus Peking ist Chow Shunu zum Premierminister ernannt worden.

Der neue Premierminister in China.

WTB. Prag, 9. Juli. Nach einer Meldung aus Peking ist Chow Shunu zum Premierminister ernannt worden.

Eine heftige Debatte im englischen Unterhause.

London, 9. Juli. Im Unterhause ist es im Zusammengang mit der Amritsar-Angelegenheit zu einer heftigen Debatte gekommen. Der Sekretär für Indien, Montagu, der in einem sehr heftigen Tone sprach, erklärte, es handele sich darum, ob Indien durch Terrorismus oder durch ein Regime gemeinsamer Arbeit regiert werden solle. Montagu wurde wiederholt von unionistischen Mitgliedern des Hauses unterbrochen, so daß der Vorsitzende zur Ruhe mahnen mußte. Curzon trat den Ausführungen Montagus entgegen und sagte, wenn Dyer die Lage falsch beurteilt habe, so hätte man ihm einen Verweis erteilen, nicht aber ihn zur Disposition stellen sollen.

Widerstand gegen die Durchführung des englischen Berggesetzes.

London, 9. Juli. (Reuter.) Die Bergarbeiterkonferenz in Leamington hat eine Resolution angenommen, worin sie erklärt, sich der Ausführung des neuen Bergwerkgesetzes im Falle seiner Annahme widersetzen zu wollen. Smillies sagte, die Annahme der Vorlage würde eine Herabsetzung der Löhne in einigen Distrikten und infolgedessen den allgemeinen Bergarbeiterstreik zur Folge haben.

Halle und Umgebung.

Halle, den 10. Juli 1920.

Die Mittellandkanalfrage im Ausschuß.

Für den Wasserstraßenausschuß, in dem die Vorlage des Mittellandkanals sowie der übrigen Wasserstraßen beraten werden, sind von der Deutschen demokratischen Partei gewählt worden die Abgg. Rebehn, Frentzel, Grund, Dr. Schreiber-Halle und Barteld. Als Vertreter wurden bestimmt: Böer und Risdel.

Für den Verkehr mit den Nordseebädern

hat man während der Hauptreiseszeit verschiedene Verstärkungszüge in Betrieb gesetzt. So wird neben dem direkten Tages-D-Zug ab Berlin L. Bf. 8.12 Uhr früh über Bremen—Hude—Oldenburg—Emden nach Norddeich ab 1. Juli ein Nacht-D-Zug mit Schlafwagen ab L. Bf. 11.25 Uhr abends auf derselben Strecke befördert. Beide Züge, die in Norddeich Anschluß nach Norderney haben, führen Kurswagen bis Emden (Außenhafen), wo Anschluß nach Borkum ist. In Norddeich Schiffsgelegenheit nach Juist. Abweichung in Hude über Nordenham nach Tossens, sowie in Oldenburg über Esens nach Langeoog und über Carolinensiel nach Spiekeroog und Wangeroge. Dem Verkehr nach Büsum, Wyk-Südstrand, Mittdün, Westerland und Kampen hat man Rechnung getragen durch Einlegung besonderer Wägenzüge, die an bestimmten Tagen ab Hamburg 9.33 Uhr vorm. und 1.38 Uhr nachm. über Heide—Niebüll nach Dagebüll und Hoyer-Schleuse verkehren, von wo Dampfer günstigen Anschluß nach den Inseln Föhr, Amrum und Sylt vermitteln. Auch von Erfurt 5.45 Uhr früh über Kassel wird ein direkter D-Zug nach Norddeich gefahren, ebenso sind am 10., 12. und 13. Juli vom Rheinland über Hamm Anschlußbäderzüge nach Norddeich vorgesehen.

Der Nordd. Lloyd und die Hapag haben ihren Fahrplan gleichfalls reichlicher ausgestaltet. Es verkehren u. a. an die Fahrten Hamburg—Helgoland—Hörnum (Sylt) regelmäßig Dampfer von Hörnum nach Amrum und Wyk auf Föhr, an einigen Tagen auch von Helgoland; ferner bestehen Verbindungen von Bremen—Bremerhaven und Wilhelmshaven nach Wangeroge, sowie von Bremerhaven nach Helgoland und Norderney, desgleichen für die Rückreise.

Der Weg über Niebüll—Dagebüll, sowie der Seeweg über Helgoland nach Westerland sind paßfrei. Die Paßschwierigkeiten über Tondern—Hoyer-Schleuse nach Westerland sollen inswischen behoben sein. Die Reisenden ohne Paß will man von der deutschen Grenzstation Süderlügum bis Hoyer-Schleuse und umgekehrt unter Zollverschluß in plombierten Wagen befördern. Jede weitere Auskunft über die Nordseebäder erteilt das Deutsche Verkehrsbureau, Berlin, Potsdamer Bahnhof.

Reiseerleichterungen für Bayern.

Das Deutsche Verkehrsbüro Berlin, Potsdamer Bahnhof, teilt uns mit:

Die für den Fremdenverkehr Bayerns bisher bestehenden beschränkenden Bestimmungen werden aufgehoben und es treten dafür folgende in Kraft:

Es ist — wie im Vorjahre — von diesem Tage ab ein freier Aufenthalt von 14 Tagen — ohne amtsärztliches Zeugnis — und eine Beherbergungshöchstziffer von 50 Proz. zugelassen. Bei Einmietung in Privathäusern und bei Landwirten muß in Heilbädern, Kurorten und Erholungsplätzen, sowie in Orten mit weniger als 6000 Einwohnern eine schriftliche Erlaubnis der Bezirkspolizeibehörde eingeholt werden, die jederzeit widerruflich ist.

Beamte, Angestellte, Arbeiter und Militärpersonen können auf Grund ihrer Urlaubsbescheinigung der vorgesetzten Dienststelle oder Betriebsleitung für den Zeitraum bis zu höchstens vier Wochen Aufenthalt nehmen.

Die bayerische Regierung hat ausdrücklich den Willen kundgegeben, den Fremdenverkehr in Bayern soweit als nur irgend möglich zuzulassen und Beschränkungen nur dort eintreten zu lassen, wo besondere schwierige Ernährungsverhältnisse hierzu zwingen.

Hallischer Hausfrauenbund.

In der letzten Sitzung wurden aus dem Arbeitsgebiet des Bundes einzelne Berichte in der Versammlung gegeben, von denen der Bericht von Frau Romus über die Einrichtung der häuslichen Nothilfe durch den Verein besonderes Interesse erregte. Es werden den Hausfrauen, die durch unerwartete plötzliche Vorkommnisse im Haushalt, wie Krankheit, Besuch und dergl. vorübergehend Hilfeleistung gebrauchen, Kräfte gegen angemessene Bezahlung vermittelt. Auch leitende Kräfte zur vorübergehenden Vertretung der Hausfrauen, die sich oft nicht einen Erholungsurlaub gönnen können, hofft man zu gewinnen und zu vermitteln. Für Frauen und Mädchen gebildeter Stände liegt in dieser Ausbildstätigkeit im Haushalt ein dankbares Arbeitsfeld vor. Gelegentlich des Berichtes von Frau Thomas über die Tätigkeit der Frau bei dem städtischen Mietseinigungsamte wurde gefordert, daß die Frauen mehr wie bisher zu der, der Frau so nahe liegenden Vermittlungstätigkeit, herangezogen werde. Der Bitte von Frau Wolff, eine Statistik der Haushaltsbuchführung zu unterstützen, wurde gern entsprochen. Mit der Aussicht auf einen gemeinsamen Ausflug schloß die von Frau Justizrat Hündorf geleitete Versammlung.

Auslandsdeutsche.

„Kind, lausche dem Liede des Windes ...
Von deinem Vater bringt er uns Kunde, der hinter Kerkermauern rinat um Befreiung aus tiefstem Grunde.
Ueber Länder und Meere sein Sehnen fliegt — bis dort, wo der Heimat grüne Wälder, ihre weiten Aehrenfelder in goldener Sonne stehn. Doch des Volkes Sang im Massenball verklang. Der Tod ist Herrscher im Lande.
Wild schüttelt der Vater die Bande und flucht dem Himmel, der Hölle. Und seine gemarterte Seele sucht uns, sein Weib, sein Kind; weiß nicht ‚wo in der weiten Welt wir wohl zu finden sind.
Und bittere, heiße Tränen sind mit ihm, Tag und Nacht; nicht Ruhe kennt sein Sehnen, allstunds das Leid ihm wacht.
Kind, lausche dem Liede des Windes ..."
Und in der Seele des lauschenden Kindes die Träume des Kind; weiß nicht, wo in der weiten Welt wir wohl zu finden Vater fort und jagen uns von Ort zu Ort und schelten uns und schmähen?"
„Es kam der Krieg. Der Haß stand auf, und um den Sieg ist Kampf entbrannt; die ganze Welt ist nun entflammt. Die in der Fremde deutsch geblieben, werden allerorts vertrieben; hinter Kerkermauern schmachten die, so deutsche Treue achten und ihrer Herzen glühend Sehnen, ihre heißen Tränen zur fernen Heimat ziehen."
„Ach, Mutter, laß uns fliehen!"
„Sei still, mein Kind. Lausche dem Wind ... Warten müssen wir, warten ...
Ich sehe den Vater ... trotzend dem harten Geschick. Mit finsterem Blick seh tausend Männer ich starren, weiß tausend Herzen ich harren, daß Gott ihnen gnädig sei.
In der Ferne Englands Küste schimmert. Im Sonnenlichte flimmert Luft und Meer. Der Möwen Heer streicht drüber fort. Jauchzend tönt ihr Schrei: Frei sind wir, frei! ...
Lausche dem Wind, mein Kind. Warten müssen wir, warten."
Und Jahr geht um Jahr. Es sinat der Wind das gleiche Lied. Es warten Weib und Kind.
Und dann wird es Friede.
Es verhallt der Möwen Schrei, es verwehten die Lieder des Windes. Nun sind sie frei! — All der Jahre wildes Sehnen, all der Jahre heiße Tränen kehren zu der Heimat wieder.
Doch der Glaube starb und die Hoffnung liegt darnieder; alles frohe Sein verdarb. Denn groß ist ihre Not und tief ihr Leid.
Ein stiller Mann, ein müdes Weib, ein blasses, krankes Kind ... Heimatlos in der Heimat Auslandsdeutsche sind.

Magda Gieß.

Provinzial-Nachrichten.

k. **Wettin**, 9. Juli. (Gegen Schluß des Schützenballes auf dem Schweizerling) wurde von einigen jungen Burschen eine Dynamitpatrone auf den Dach des Hauses geworfen. Diese durchschlug die Decke und explodierte im Saal. Es entstand eine große Panik und alles stob auseinander. Einige Damen wurden verwundet, hauptsächlich durch Holzsplitter.

* **Querfurt**, 9. Juli. (Willkommene Hilfe aus Amerika.) Durch Vermittlung des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz sind der Kreisverwaltung fünf Ballen gebrauchte Bekleidungsstücke aus Milwaukee als Spende für die Bevölkerung des Kreises Querfurt zur Verteilung zugegangen.

× **Harzburg**, 9. Juli. (Das Gerücht) von einem bevorstehenden allgemeinen Eisenbahnerstreik hat viele der hiesigen Kurgäste zur Abreise veranlaßt. Auch der geringe Zuzug neuer Gäste mag darauf zurückzuführen sein.

§§ **Goslar**, 9. Juli. (Humor auf Geldscheinen.) Ein originelles Versehen mit entsprechendem Bildchen ist den neuen Zehn-Pfennigscheinen des Goslarer Notgeldes aufgedruckt. Sie zeigen das Goslarer Dukatenmännchen vom „Brustfuch" und folgenden Reim: „Dou Männecken, dreihst all dousend Jahr an dissen einen Dukatenbucken. O neihmst Dou fleitiger Deine Arbeit wahr! Denn dousende könnt davon heute wei brukken."

§ **Thale**, 9. Juli. (Ausbeutung der Torfmoore.) Nach der „Z. f. prakt. Geol." will man, um dem Brennstoffmangel abzuhelfen, die großen Torfmoore am Oberharz zwischen Torfhaus und Brockengipfel und an den Seilerklippen abbauen. Torf ist dort in fester, ausgiebiger Menge und sofort verwendbar vorhanden. Man hat sich überzeugt, daß die Torfmoore keinen Einfluß auf die Harzsalzsperre ausüben.

† **Weimar**, 9. Juli. (Eine „gefährliche Schiebung") hatten kürzlich einige hiesige Personen versucht. Drei Maschinengewehre sollten über Jena für den Preis von 25 000 Mk. an die polnische Armee verkauft werden. Die hiesigen Sicherheitsbehörden, die von dem Vorhaben Kenntnis erhalten hatten, benachrichtigten die Polizei, die übereselte die Maschinengewehr-Verkäufer in Empfang nahm und so das einträgliche Geschäft zu Wasser machte.

§ **Halberstadt**, 9. Juli. (Die Stadtverordneten) wählten mit allen Stimmen den Assessor Falk (S.) und mit 21 von 31 Stimmen den Regierungssekretär Glöckner (U. S. P.) zu besoldeten Stadträten.

✤ **Leipzig**, 9. Juli. (Das Aufsehen erregende Schwindelmanöver.) durch das zwei Bankgeschäfte in Leipzig und Düsseldorf um 750 000 Mk. geschädigt wurden, ist nunmehr vollständig aufgeklärt. Berliner Kriminalbeamten ist es gelungen, auch des Bankbeamten Thuran habhaft zu werden. Er wurde bei seiner Ankunft in einem Ostseebade festgenommen und nach Berlin transportiert. Das veruntreute Geld konnte bis auf einen geringen Betrag den beiden Banken wieder ausgehändigt werden.

§ **Dresden**, 9. Juli. (Außerordentlicher deutscher Mietertag.) Ein außerordentlicher deutscher Mietertag fand kürzlich in Dresden statt. Man forderte zur Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Höchstmieten, daß sofort mit der Ausarbeitung derjenigen Gesetze begonnen werden soll, die für die Sozialisierung des Boden- und Wohnungswesens geeignet sind. Man protestierte gegen den Wucher mit den Zimmern der Hotels und Pensionen und verlangte, daß die Zimmerpreise vom Wohnungsamt genehmigt werden müsse. Endlich forderte man einen normalen Mietervertrag für ganz Deutschland. Dann wurde beschlossen, die Satzungen des Bundes, der jetzt Bund deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, heißt, ins Vereinsregister eintragen zu lassen. Auch protestierte man gegen die ungenügende Berufung der Mieterschaft in den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

+ **Magdeburg**, 9. Juli. (Die Magdeburger Stadtverordneten) beschlossen die Aufnahme einer neuen Anleihe im Betrage von 30 Mill. Mark.

† **Magdeburg**, 9. Juli. (Kommerzienrat Richard Langenstepen,) der lange Zeit hindurch einer der bekanntesten Industriellen Magdeburgs war, ist in Konstanz im Alter von 78 Jahren gestorben. Langenstepen war Inhaber der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, die seinen Namen trug.

✓ **Hildburghausen**, 9. Juli. (Die beängstigende Verbreitung der Maul- und Klauenseuche.) Im Römhilder und Heldburger Bezirk greift die Maul- und Klauenseuche immer weiter um sich. In zehn Ortschaften sind bereits über 200 Stück Großvieh an der schweren Form der Seuche verendet, während weitere 100 Stück an der milderen Form erkrankt sind. Die Einbringung der Ernte ist in Frage gestellt, da das Spannvieh fehlt. Die Molkerei, die sonst 5000 Liter Milch verarbeitete, mußte geschlossen werden. Der Staatsrat von Thüringen hat die schärfsten Abwehrmaßnahmen beschlossen. Die Seuche ist vor Wochen aus Bayern eingeschleppt worden.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Neues aus Spa.

Spa, 9. Juli. (Eigene Meldung. Die Sonderbesprechung der Justizminister, die heute nachmittag stattfand, führte zum Abschluß eines Uebereinkommens. Es wird darin dem deutschen Reichsgericht der direkte Verkehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges zur Beschleunigung der Verfahren gegen die Kriegsbeschuldigten genehmigt. Das Abkommen wurde in der späteren Vollsitzung genehmigt und unterschrieben.

Die Vollsitzung trat nachmittags ½5 Uhr zur Besprechung der Kohlenfrage zusammen. Die Delegierten waren von einem zahlreichen Stabe von Sachverständigen begleitet.

Ministerpräsident Millerand machte im Namen der Alliierten längere Ausführungen, die darin gipfelten, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen im Rückstande wäre, zu denen es sich im Friedensvertrage verpflichtet hatte. Die Alliierten hätten daher bestimmte Beschlüsse gefaßt, die sie Deutschland zur Unterzeichnung vorlegten. Nach den Beschlüssen der Alliierten werde

1. dem Kohlenanspruch Frankreichs die Priorität vor allen deutschen Forderungen geschert,
2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitze in Berlin eingesetzt, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohlen zu überwachen und zu beaufsichtigen,
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenförderungsplans für die gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch die Kohlenkontrollkommission genötigt.
4. Im Falle der Nichterfüllung der Bedingungen werden auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht gestellt.

Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechung mit den Sachverständigen zu der Angelegenheit sich zu äußern.

Es wurde daraufhin gegen 7 Uhr eine neue Sitzung auf Sonnabend vormittag 11 Uhr angesetzt.

*

WTB. Spa, 9. Juli. Die Sitzung, in deren Verlauf die deutschen Delegierten das Protokoll unterzeichneten, dauerte bis 11 Uhr 45 Minuten, worauf General von Seeckt und die deutschen Militärsachverständigen den Beratungssaal verließen. Die Sitzung wurde sofort wieder aufgenommen, um über die Frage der Schuldigen zu verhandeln. Jules Cambon wohnte der Sitzung als Sachverständiger bei.

*

WTB. Spa, 9. Juli. Heute vormittag 9 Uhr trat die deutsche Delegation unter dem Vorsitze Fehrenbachs zur Beratung zusammen. Die Sitzung dauerte bis 10½ Uhr. Bald darauf begaben sich die deutschen Delegierten nach der Villa de la Freneuse, um der Sitzung der Konferenz beizuwohnen.

Ausdehnung des pommerschen Landarbeiterstreiks.

Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat der Landarbeiterstreik auch auf Stettiner Gebiet übergegriffen. Im Kreise Saazig stehen zehn Güter im Streik.

An die Dresdner Staatsoper berufen.

Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der Leiter des hiesigen Gewandthausorchesters Wollgandt hat einen Ruf an die Dresdner Staatsoper erhalten. Wollgandt hat bisher noch nicht zugesagt.

Polnische Briefzensur.

Berlin, 9. Juli. Die polnische Regierung hat vom 1. Juli ab die militärische Zensur für alle von Deutschland nach Polen gerichtete, sowie alle von dort nach Deutschland aufgegebene Briefsendungen angeordnet. In Westpolen sind Zensurstellen eingerichtet in Posen, Bromberg und Thorn. Der Briefverkehr mit Polen ist demnach mit erheblichen Verzögerungen verbunden.

Polen zum Frieden bereit.

WTB. Warschau, 9. Juli. Das Ministerium des Aeußern richtete an die Kommission in Spa eine Note: Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung, die zwischen Polen und Rußland wohnt. Das polnische Heer schützt Europa vor einer bolschewistischen Woge. Das polnische Volk steht zum Schutze seines heimischen Herdes auf. Polen braucht, wenn es zum weiteren Kampfe gezwungen wird, eine ausgiebige materielle und moralische Hilfe der Alliierten.

Frankreichs Raubzier.

WTB. Brüssel, 9. Juli. Die Zeitungen melden, daß Jaspar Evals und Marsal sich gestern über die Priorität Frankreichs betreffs der belgischen Entschädigungssumme unterhielten. Nicht dem Belgien gemachten Angebot von 50 Prozent der ersten internationalen Anleihe wollte der französische Delegierte 130 000 To des England zustehenden Schiffsraumes beanspruchen.

Die italienisch-albanischen Verhandlungen.

WTB. Mailand, 9. Juli. Corriere della Sera berichtet aus Rom, daß die Verhandlungen zwischen Baron Aliotti und den Albanesenführern augenblicklich unterbrochen worden sind, da die Grundlagen für das Uebereinkommen noch nicht festgestellt sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200710013/fragment/page=0003

Vermischtes.

Der Gipfel der Frechheit. Im Hause Bismarckstr. 96 zu Hamburg wurde vor einigen Tagen die Wohnung des zurzeit in Untersuchungshaft befindlichen Lederwarenfabrikanten Gerloff von Einbrechern heimgesucht, wobei diesen Beute im Werte von 150 000 Mark in die Hände fiel. G. befindet sich zurzeit unter dem Verdacht, sich an der Fabrikation und dem Versand von gefälschtem Salvarsan beteiligt zu haben, in Untersuchungshaft. Da sich auch die Frau des G. zurzeit nicht im Hause befindet, sondern wegen Behandlung einer gefährlichen Wunde, die sie sich beim Füllen von Salvarsanampullen zugog, in einer Klinik ist, so war die Wohnung in der Bismarckstraße für einige Tage unbeaufsichtigt. Das müssen die Einbrecher gewußt haben, die daraufhin ihren Plan aufbauten. Um vor weiteren Ueberraschungen einigermaßen gesichert zu sein, besuchte der am Pilatuspool wohnende Sohn des G. dann und wann die Wohnung der Eltern. Als er jetzt wieder einmal in der Wohnung saß, erstaunte er nicht wenig, als plötzlich jemand die Tür aufschloß, in die Wohnung hereinkam und wieder von innen abschloß. Der Eindringling, der sich plötzlich dem Sohne des Lederwarenfabrikanten gegenüberfand, besaß die unglaubliche Frechheit, näherzutreten und ihn zu fragen, ob er Kohlen haben wolle. G. lehnte den Ankauf von Kohlen ab und ließ den frechen Menschen wieder abziehen. Er folgte ihm aber und veranlaßte seine Verhaftung. Der Verhaftete, ein Reisender, trug zum Hohn einen Hut des Bestohlenen und scheint also als Mittäter beim großen Einbruchsdiebstahl überführt zu sein.

Die erste weibliche Geschworene ist im Wiener Schwurgerichtssaal erschienen. Sie wurde vom Vorsitzenden mit einer Ansprache empfangen, in der er sie als erste Vertreterin eines neuen Frauenberufes begrüßte, von dem man sich einen guten Einfluß auf die Rechtspflege verspreche.

Kein Oktoberfest in München. Der Münchener Stadtrat beschloß, auch in diesem Jahre kein Oktoberfest abzuhalten.

In Sachen der Explosionskatastrophe von Rothenstein, die fast 300 Menschenleben kostete und einen Schaden von vielen Millionen anrichtete, hat Geheimrat Prinzhausen-Königsberg ein Gutachten erstattet, wonach das Artilleriedepot zwanzigfach mit Munition und Pulver überlegt war und deshalb ein großer Teil in unverantwortlicher Weise im Freien gelagert wurde. Ebenso seien die Granaten in fahrlässiger Weise zerlegt worden. Den Schaden haben das Reich und der Staat zu tragen.

Gegen die allzuhohen Kleiderpreise. Die Gräfin Rucellai gab in ihrem Palazzo in Florenz einen Ball, auf dem der gesamte florentinische Adel in einem neuen Normalkostüm, das nur 35 Lire kostet, erschien. Einige Kostüme, die die Damen vorzüglich kleideten, waren aus gebrauchten Kartoffelsäcken hergestellt. Diese neue Mode soll eine Demonstration gegen die allzu stark gestiegene Kleideteuerung sein und sie soll auch in Rom eingeführt werden. Ein großer Teil der Aristokratie hat sich durch öffentliche Erklärung bereits zur Annahme verpflichtet. Das einfache praktische Modell ist das des bekannten florentinischen Malers De Michelos.

Große Waffendiebstähle. In der Waffenfabrik Mauser in Oberndorf (Württemberg) ist man umfangreichen Waffendiebstählen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um Pistolenbestandteile. Die Teile wurden auswärts zusammengesetzt und die Pistolen anscheinend in der Schweiz vertrieben. Die Haupttäteiligten sind bereits verhaftet. Weitere Verhaftungen werden folgen.

Die neue Erdgasquelle bei Neuengamme (Vierlanden), die kürzlich erbohrt worden ist, nachdem die alte Quelle versiegt war, liegt von dieser 10 Meter entfernt. Die Bohrung hat die gasführende Schicht bei 280 Meter erreicht, während man bei der alten Quelle schon bei 250 Meter auf die gasführende Schicht gestoßen war. Der Gasdruck der neuen Quelle beträgt bei fließender Quelle 6,4 Atmosphären, während er ursprünglich 7,4 Atmosphären betragen hatte, das rasche Herabsinken deutet nicht gerade auf eine besondere Ergiebigkeit der neuen Quelle. Immerhin können täglich etwa 100 000 Kubikmeter Gas entnommen werden, was für die Hamburger Gaswerke eine überaus willkommene Beihilfe ist. Das Erdgas enthält 97 Proz. Methan. Es wird in den drei Hamburger Gaswerken im Verhältnis 1:3 mit einem Mischgas, aus Kohlen- und Wassergas bestehend, gemischt.

Aufgeklärt. Vor einigen Monaten wurde bekanntlich auf dem Kaiserplatz in Frankfurt a. M. bei dem Juwelier Bräutigam ein Aufsehen erregender Einbruchsdiebstahl dadurch vollführt, daß drei Unbekannte in einem gestohlenen Automobil am hellen Tage vor das Geschäft fuhren, mit einem Stein die Schaufensterscheiben einwarfen, Juwelen von hohem Werte erraften und dann mit dem Automobil unerkannt davonjagten. Der gleiche Raub wurde dieser Tage in Breslau verübt. Die Beschreibung der Breslauer Räuber stimmte genau mit der der Frankfurter überein. Jetzt gelang es an Hand von Lichtbildern, die Räuber zu ermitteln. Es sind der 28jährige Monteur Walter Konrad aus Berlin, der in Berlin verhaftet wurde. Ein zweiter, der 30jährige Kraftwagenführer Fritz Stroh aus Bad Homburg, wurde in Erfurt festgenommen.

Aus dem Leserkreise.

Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich).

Zahlungsaufforderung und Ablehnung der angebotenen Steuerzahlung.

Am 25. Juni wurde mir vom Finanzamt ein Steuerbescheid zugestellt, binnen drei Monaten einen Steuerbetrag bei der städt. Steuerkasse zu zahlen. Am 6. Juli, nach elf Tagen, wollte ich dieser meiner Zahlungspflicht genügen, mußte mir aber bei der Steuerkasse sagen lassen, daß die beir. Bücher vom Finanzamt noch nicht angeliefert seien und mir mein Geld noch nicht abgenommen werden könne.

Vor einigen Jahren mußte ich mir einen 5proz. Steuerzuschlag gefallen lassen, weil ich meinen Jahresabschluß nicht zur rechten Zeit fertig machen und deshalb meine Steuererklärung erst am 25. statt am 20. Januar einreichen konnte. Ich mußte den Zuschlag bezahlen trotz Reklamierens, ob mir aber die Steuerbehörde jetzt für vergebliche Wege eine Vergütung bewilligen wird?

Das Steuerzahlen ist an sich keine vergnügliche Beschäftigung, und die Behörden sollten vermeiden, den Steuerpflichtigen die Sache durch Nachlässigkeiten oder Saumseligkeiten weiter zu verbittern. Mindestens sollte man die Zahlungs-Aufforderungen nicht zustellen, so lange die Erhebung nicht möglich ist. F. W.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Weiterer Rückgang der Ruhrkohlenförderung.

Die Kohlenförderung der Zechen des Ruhrreviers ist in der vergangenen Woche, wie aus Essen gedrahtet wird, noch weiter zurückgegangen. Die Beteiligung an den vertraglich vereinbarten Ueberschichten nimmt ständig ab. Eine Reihe von Belegschaften hat auf Beschluß der Betriebsräte das Verfahren der Ueberschichten eingestellt. Als Hauptgrund wird hierfür die schlechte Brotversorgung angegeben. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß erfahrungsgemäß in den ersten Tagen eines jeden Monats die Kohlenförderung stets geringer ist. Gegenwärtig kommt hinzu, daß eine Anzahl von Bergleuten zu der Abstimmung im Osten beurlaubt ist. Der Versand der Brennstoffe geht bei der verringerten Förderung glatt vonstatten. Von den Lagerbeständen wurden etwa 37 000 Tonnen abgefahren, so daß diese sich auf 211 395 verringerten. Die Wagengestellung betrug werktäglich 19 100 Tonnen gegen 20 750 in der Vorwoche. Noch größer war der Rückgang in dem Brennumschlag der Duisburg-Ruhrorter Häfen. Hier wurden werktäglich 26 630 Tonnen umgeschlagen gegen 32 480 Tonnen in der Vorwoche. Der Umschlag in den Kanalhäfen ging von 28 900 Tonnen auf 26 000 Tonnen zurück. Infolge der beträchtlichen Abtransporte in den letzten Wochen ist die für den Oberrhein in Betracht kommende Schleppkraft erheblich zurückgegangen, so daß auf der Ruhrorter Reede zahlreiche Kohlenkähne liegen, die auf das Abschleppen stromaufwärts warten. Kahnraum ist dagegen sowohl auf dem Rhein wie auf den Kanälen genügend vorhanden.

Börsen-Stimmungsbild.

Berlin, 9. Juli. Die schroffe Stellungnahme der alliierten Mächte in der Frage der Entwaffnung und Herabsetzung der militärischen Macht bewirkte an der Börse im allgemeinen ein Nachgeben der Kurse, was besonders am Montanmarkt und Kalimarkt nach den Steigerungen der letzten Zeit zu Kursrückgängen bis 13 Prozent für einzelne und hauptsächlich oberschlesische Werte führte. Bei chemischen und Elektroaktien stellten sich die Kurseinbußen im allgemeinen bis zu 6 Prozent. Von sonstigen Papieren waren zwar die Mehrzahl gleichfalls bis zu 5 Prozent rückgängig, doch sind für vereinzelte ebensolche Erhöhungen festzustellen. Kolonialwerte waren bei behauptetem Kursstand vernachlässigt. Das Hauptgeschäft spielte sich in deutschen Petroleumaktien ab, die ungefähr um 870 herum schwankten. Erdölaktien lagen mit 1550 und Steaua Romana mit 990 weitaus ruhiger. Für Devisen waren anfangs fast nur höhere Geldkurse zu hören und sie stellten sich im Verlaufe fast durchweg gegen gestern höher. In Rückwirkung hierauf gaben Schantungbahnen ihre Steigerung von 680 wieder auf. Am Rentenmarkt hat sich nichts von Bedeutung geändert. Die grundsätzliche Annahme der Bedingungen durch die deutsche Regierung führte schließlich zu einer leichten Erholung der Kurse. Das Geschäft blieb aber im allgemeinen eng begrenzt.

Devisenkurse.

Berlin, 9. Juli

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam-Rotterdam	1343,65	1346,35	1328,65	1331,35
Brüssel-Antwerpen	343,65	343,35	336,65	337,35
Christiania	629,35	630,65	624,35	625,65
Kopenhagen	631,35	633,15	619,35	620,65
Stockholm	844	845,55	831,65	833,75
Helsingfors	163,30	37	162,30	162,70
Italien	228,75	229,25	227,75	228,25
London	150,35	150,65	148,47	148,77
New York	37,95	38,05	37,50	37,60
Paris	316,35	317,35	313,65	314,35
Schweiz	681,80	683,0	674,30	675,70
Spanien	611,90	613,10	600,40	601,60
Wien (altes) (Deutsch-Oest. abgest.)	21,97	22, 3	22,59	22,65
Prag	26,12	26,18	25,97	26,03
Budapest	84,65	84,85	84,95	85,13
Bulgarien	23,57	23,63	23,62½	23,68½
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbörse.

Berlin, 9. Juli. Nachdem gestern nachmittag schon höhere Preise für den Zentner Hafer gezahlt worden waren, gingen die Preise auch weiter in die Höhe, da auch von anderer Seite höhere Angebote gemacht wurden. Das Geschäft ist jedoch bei den verschiedenartigen Nachrichten über Beschlagnahme usw. recht schwierig geworden. In Hülsenfrüchten ist der Anlauf zu lebhafter Geschäftstätigkeit nicht von Bestand gewesen. Für gute Futterstoffe besteht in den verschiedensten Artikeln Nachfrage. Weiter regnerisch.

Berlin, 9. Juli. (Amtliche Notizen.) Preis für 1000 Kilogramm inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen — M., loko ab Bahn — M., sofortige Abladung ab Abladestation 2520 bis 2620 M. Tendenz: fester.

Metallnotierungen.

Berlin, 9. Juli. Preis für 1000 Kilogramm Raffinadekupfer 1075/1100 M., Original-Hütten-Weich-Blei 475 M., Remelted Platten-Zink 600 M., Hütten-Rohzink 390/400 M., orig. Hütten-Aluminium 2100/2200 M., Banca-, Straits-, Billiton-Zinn 4000 M., 99% Hütten-Zinn — M., 99% Reinnickel 3600/3800 M., Antimon (Regulus) 725 M.

A. Schaffhausenscher Bankverein. In der Aufsichtsratssitzung wurde, wie von uns bereits angekündigt, die Dividende auf 8 Proz., im Vorjahre 7 Proz., festgesetzt.

Belebung des deutschen Handels mit der Türkei. Durch Artikel 231 des Waffenstillstandsvertrages vom 30. Oktober 1918 sind sämtliche direkten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei zerschnitten. Die Einreiseerlaubnis für Deutsche wird nur mit Genehmigung der drei Ententekommissare in Konstantinopel erteilt. Ein Warenaustausch ist nur auf neutralem oder alliierten Schiffen über neutrale oder alliierte Häfen möglich, so daß direkt von Deutschland eingeführte Waren in Konstantinopel beschlagnahmt werden. Trotz dieser von der Entente ausgeklügelten Schwierigkeiten beginnt der deutsche Handel in der Türkei langsam wieder aufzuleben. Auch in Palästina, wo sich sehr schwierige wirtschaftliche Verhältnisse entwickelt haben, macht sich die Notwendigkeit geltend, gewisse deutsche Waren wieder einzuführen. Auf Vorstellung der Handelskammer in Jerusalem hat die englische Regierung die Einfuhr solcher Artikel, die von anderen Ländern nicht geliefert werden können, unter der Bedingung gestattet, daß die Waren nicht in Deutschland, sondern in neutralen Häfen und unter neutraler Flagge verladen werden.

Kolonialbank A.-G. in Berlin. Wie der Geschäftsbericht ausführt, führten große Käufe des Auslandes in verschiedenen kolonialen Werten in Verbindung mit dem Steigen der fremden Devisen im Berichtsjahr zu einer bedeutenden Höherbewertung auf dem gesamten Markte der kolonialen Wertpapiere. Das dadurch veranlaßte große Geschäft hat der Bank erhebliche Umsätze und eine entsprechende Steigerung der Erträge gebracht. Bei der gegenwärtigen Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse hält es die Bank für richtig, über die alte Dividende von 6 Proz., gleich 60 000 M., nicht hinauszugehen, dagegen auf eine weitere Stärkung ihrer Mittel bedacht zu sein. Der Gewinn wird auf 315 604 M. bei 1 Million Mk. Aktienkapital beziffert. 210 080 Mark werden in Rücklage gestellt und 45 005 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Debitoren betragen 34,5 Millionen Mk., Effekten 3,46 Millionen Mk., Kreditoren haben 36,9 Millionen Mk. zu fordern.

Weitere Kapitalerhöhungen. Die Westfälische Verbands-Elektrizitätswerk-A.-G. will ihr Grundkapital um 8,7 Mill. Mk. auf 12 Mill. Mk. erhöhen, die Reichelt-Metallschrauben-A.-G. in Finsterwalde beantragt eine Vermehrung ihres Kapitals um 2,1 Million Mark auf 4,2 Mill. Mark.

Chemische Fabrik Milch A.-G. in Posen. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß, für 1918/19 eine Dividende von 15 + B. 22) Proz. auszuschütten unter teilweiser Heranziehung des alten Gewinnvortrages, der hauptsächlich für die Umstellung auf die Friedenswirtschaft angesammelt war, aber durch den Verlauf des Werkes Luban teilweise frei geworden ist. Es verbleibt noch ein Gewinnvortrag von 565 013 Mk. Die Auszahlung der Dividende erfolgt erst nach Ausreichung der neuen Dividendenscheinbogen. Der Sitz der Gesellschaft soll nach Oranienburg verlegt werden.

Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse. In einer außerordentlichen Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel in Berlin einen Reingewinn von 1 320 000 Mk. erzielt habe, der dem Reservefonds zugeschlagen und bei etwaiger Auflösung der Gesellschaft der Reichskasse zugeführt werden muß. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß das bisherige Getreideausfuhrsystem bis Herbst 1921 beibehalten wird. Für Hamburg wurden die Gebühren für Preisfeststellungen neu geregelt, und zwar bis zum Quantum von 10 Tonnen auf 60 Mk., für 10—20 Tonnen auf 100 Mk., für 20—30 Tonnen auf 120 Mk. und für jede weiteren anwachsenden 10 Tonnen 20 Mk. mehr.

Oelwerke Stern-Sonneborn-A.-G. Die Verwaltung schlägt 15 Proz. Dividende und 250 M. Bonus vor (i. V. 12 Proz.). Ferner wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Mill. Mk. Stammaktien und 5 Mill. Mk. 6proz. Vorzugsaktien auf 12 Mill. Mark beantragt.

Häute-Auktion. Auch auf der Freiburger Häute- und Felle-Auktion zogen die Preise eine Kleinigkeit an. Es erzielten Ochsen-, Kuh- und Rinderhäute bis 30 Pfd. 11,90 Mk., do. 52—70 Pfd. 13,55 Mk., do. über 72 Pfd. 12,10 Mk. Bullenhäute bis 30 Pfd. 9,70 Mk., do. 32—50 Pfd. 8,55 Mk., do. über 52 Pfd. 8 Mk. Kalbfelle 13,80 Mk. pro Pfund. — Die Mannheimer Häute-Auktion findet am 14. Juli nachm. ½1 Uhr in Mannheim statt. Zur Versteigerung gelangen 2700 Stück Großviehhäute, 2300 Stück Kalbfelle, 1100 Stück Hammelfelle und 2300 Stück Ziegenfelle.

Berliner Börse

vom 9. Juli 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		**Chem. Griesheim**	298,00
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	74,30	**Chem. Heydeu**	329,00
5% Disch. Reichsanl.	79,50	**Consolidation Schalke**	675,00
4% " "	71,25	**CröllwitzerPapierfbk**	—
3½% " "	63,75	**Daimler Motoren**	250,25
3% " "	60,40	**Deutsche Luxemburg**	276,25
4% Preuß. Konsols	70,40	**Deutsche Uebersee-Elektr.**	—
3½% "	60,00	**Deutsche Erdöl**	1525,00
3% "	55,00	**Deutsche Gasglühl.**	5000,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	95,50	**Deutsche Kali**	400,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	**Deutsche Waffen und Mun.**	383,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf.	—	**Donnersmarckhütte**	338,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	98,25	**Döring & Lehrmann**	150,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	99,50	**Dürrkoppwerk**	456,00
4% Dess. Gas Anlig.	97,00	**Engelhardt-Brauerei**	242,00
4% Dessauer Gas Obl.	—	**Elberfelder Farben**	384,00
Ausländ. Werte:		**Felten & Guillaume**	435,00
4% Oesterr. Kronenrente	26,75	**Gasmotoren Deutz**	175,25
4% Unger. Goldrente	59,00	**Gebhard & Co.**	—
4% Unger. Kronenrente	29,40	**Gebhard & König**	260,00
Eisenbahn-Aktien:		**Geisenkirchen Berg.**	299,00
Halberst.-Blankenb.	—	**Glauziger-Zuckerfbk**	470,25
Halle-Hettstedter	61,00	**Hallesche Maschinbk.**	456,00
Schantungbahn	675,00	**Hann. Masch.**	386,00
Allg. Lokal-Str.	94,00	**Harpener Berg**	304,00
Gr. Berl. Str.	135,25	**Hasper Eisen**	581,00
Magdeburger Str.-B.	147,50	**Hirsch Kupfer**	263,75
Prinz-Heinrich-B.	—	**Höchster Farbwerke**	345,00
Orientbahn	210,00	**Hoesch Eisen u. Stahl**	385,00
Schiffahrts-Aktien:		**Hohenlohe Werke**	186,50
Hambg. Paketfahrt	182,00	**Humboldt Masch.**	164,75
Hambg. Südamerika	—	**Ilse Bergbau**	335,00
Hansa-Dampfschiff.	337,00	**Kahla Porzellan**	410,00
Nordd. Lloyd	177,50	**Kaliw. Aschersleben**	371,00
Bank-Aktien:		**Körbisd. Zucker-Akt.**	388,50
Bank f. Thür.	151,00	**Kyffhäuserhütte**	195,00
Berl. Handelsges.	210,00	**Lahmeyer & Co.**	173,00
Commerz-Diskontobank	160,00	**Lauchhammer**	320,00
Darmstädter Bank	151,50	**Laurahütte**	222,00
Dessauische Landesbank	151,50	**Linke & Hofmann**	383,00
Deutsche Bank	—	**Ludwig Loewe & Co.**	265,00
Diskonto-Comm.	200,00	**Lothringer Hütte**	266,00
Dresdner Bank	153,00	**Mannesmannröhren**	370,00
Leipziger Credit-Anst.	151,00	**Masch.-Fabr. Buckau**	232,00
Mitteld. Kreditbank	140,00	**Oberschl. Eisenb.-Bd.**	218,00
Mitteld. Privatbank	155,00	**do. do. Cons. Hag.**	289,00
Nationalbank	152,50	**do. do. Kokswerke**	408,00
Oesterr. Kredit	93,64	**Orenstein & Koppel**	255,00
Reichsbank	149,75	**Phönix Berg**	405,00
Industrie-Aktien:		**Rhein. Metall-Vorz.**	—
Schultheiss-Brauerei	235,50	**Rhein. Stahlwaren**	323,50
Akt. f. Anilin	342,00	**Riebeck. Montan**	255,00
Allgem. Elektr. Ges.	293,25	**Rombacher Hütten**	266,50
Ammendorfer Papierfabrik	557,00	**Rositzer Braunk.**	323,00
Anhalter Kohlenw.	229,75	**Rositzer Zucker**	216,50
Annaberger Steingut	317,00	**Sangerhäuser Masch.**	412,00
Badische Anilin	433,00	**Hugo Schneider A.-G.**	250,00
Bergmann Elekt. Akt.	226,75	**Schuckert & Co.**	173,25
Berl. Masch.-Bau	223,00	**Siemens & Halske**	299,00
Bismarckhütte	530,00	**Stettiner Cham.**	305,00
Bochumer Gußstahl	286,25	**Stettiner Vulkan**	218,00
Chem.-Fabr. Buckau	406,00	**Stollberger Zinkh.**	254,00
		Strals. Spielkarten	345,00
		Thale-Eisenhütte	390,00
		Triptis Porzellan	228,00
		Türk. Tabakregie	739,00
		Ver. Köln-Rottweiler	266,00
		Ver. Glanzstoff	950,00
		Wegelin & Hübner	180,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	868,00
		Wittener Gußstahl	925,00
		Wrede Mälzerei	142,00
		Zeitzer Masch.	478,00
		Zellstoff Waldhof	326,00
		Otavi-Minen	790,00

Tendenz: schwächer.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 9. Juli 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	234,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	125,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	171,00
Mansfelder Gewerkschaft	3210,00
Portland, Zementfabrik Halle	144,00
Prehlitzer Braunkohlen	1110,00
Priorit.	1550,00

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brintmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Kann wend' ich mich an alle, die als Gäste hier
Mit Hoffnung sich der neuen Segensquelle nahn,
Und sprech' nichts von allen frommen Wünschen aus,
Die sich in unserm Herzen, wie für sicher heut
durchbrochen wurde, nimmt Bereeit XV. seine Majestät
gilt der Arbeit, die sich bis 12 Uhr nachts hinzieht. Der
alten Gepflogenheit folgend, die nur von Papst Pius X.